

Amtsblatt

für den Landkreis Forchheim

Nr. 21 / 2019

Mittwoch, 21. August 2019

34 . Woche

Herausgeber: Landratsamt Forchheim
Am Streckerplatz 3
91301 Forchheim

Telefon: (091 91) 86 - 1001
Telefax: (091 91) 86 - 1008

E-Mail: BueroLandrat@lra-fo.de
www.lra-fo.de

1.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2019

Die Haushaltssatzung des Zweckverbandes wurde durch das Landratsamt Forchheim mit Schreiben vom 25.07.2019, Az.: 2/21-9410, zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen liegt gemäß Art. 40 Abs. 1 KommZG i.V.m. Art. 65 Abs. 3 GO bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung beim Zweckverband zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe Sachsenmühle während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich auf.

Nachstehend wird die Haushaltssatzung hiermit amtlich bekanntgemacht:

Haushaltssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe Sachsenmühle, 91327 Gößweinstein, Landkreis Forchheim für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund des § 10, Absatz 1, Ziff. 3 und 4 der Verbandssatzung und § 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) erläßt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit festgesetzt. Er schließt im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit

608.700 EUR

und

im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit

1.716.482 EUR

ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **0 EUR**

festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden

Inhaltsverzeichnis:

Landratsamt:

1. Haushaltssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe Sachsenmühle, 91327 Gößweinstein, Landkreis Forchheim für das Haushaltsjahr 2019
2. Vollzug des Wasserrechts (WHG, BayWG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG); Plan-genehmigung für die Erneuerung der Inselmauer auf Flur-nummer 22 der Gemarkung Muggendorf, Markt Wiesental, am Kanal des Triebwerks der Rege GmbH; Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung;

nicht festgesetzt.

§ 4

Eine Betriebskostenumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf

300.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2019 in Kraft.

Sachsenmühle, 24.05.2019

Hannörgg Zimmermann

Verbandsvorsitzender

2.
Landratsamt Forchheim
-Dienststelle Ebermannstadt-
Fachbereich Naturschutz, Wasserrecht
Az.: 42-8631-19/19

**Vollzug des Wasserrechts (WHG, BayWG) und des Gesetzes
über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
Plangenehmigung für die Erneuerung der Inselmauer auf
Flurnummer 22 der Gemarkung Muggendorf, Markt Wiesenttal, am Kanal des Triebwerks der Rege GmbH;
Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung;**

**Bekanntmachung
gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG**

Im Mai 2019 legte die Rege GmbH Antrags- und Planungsunterlagen für die Erneuerung der Inselmauer auf der Seite ihres Triebwerkkanaals in Muggendorf vor.

Die Erneuerung der Ufermauer stellt einen Gewässerausbau im Sinne des § 67 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar. Nach dem UVPG ist im vorliegenden Fall eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen (Nr. 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG). Nach § 7 Abs. 1 UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen sind.

Zu den Umweltauswirkungen wurden der amtliche Sachverständige (das Wasserwirtschaftsamt Kronach) sowie die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Forchheim gehört. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Die untere Naturschutzbehörde teilte mit, dass das Vorhaben innerhalb des Flora-Fauna-Habitat-Gebietes „Wiesenttal mit Seitentälern“ und innerhalb des europäischen Vogelschutzgebietes „Felsen- und Hangwälder in der Fränkischen Schweiz“ liegt. Nach fachlicher Einschätzung kann davon ausgegangen werden, dass die Ufermauererneuerung (auch mit regionsfremden Material) zu keiner erheblichen Beeinträchtigung der beiden Natura-2000-Gebiete führen kann. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen können ausgeschlossen werden.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist aus oben genannten Gründen entbehrlich.

Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Ebermannstadt, den 13.08.2019

Steblein
Regierungsrätin